

Gewaltfreier Umgang mit der Ein-Staaten-Realität in Israel/Palästina

Die internationale Debatte um den palästinensisch-israelischen Konflikt dreht sich seit langem um die Zwei-Staaten-Regelung und den sogenannten „Friedensprozess“. In den letzten Jahren hat sich die Einsicht breiter durchgesetzt, dass die rechtsnationalistische israelische Regierung für diesen Prozess nur Lippenbekenntnisse übrig hat und ihre Politik auf die faktische, möglicherweise eines Tages sogar formale Annexion großer Teile Palästinas und damit effektiv auf eine Fortschreibung der bestehenden Ein-Staaten-Realität bei dauerhafter Entrechtung der Palästinenser*innen abzielt.

Ohne von ihrem Einsatz für die staatliche Anerkennung Palästinas und für eine langfristig tragfähige Zwei-Staaten-Regelung abzurücken, müssen sich internationale Akteur*innen dringend damit auseinandersetzen, dass der Fokus des Konflikts sich dadurch aus palästinensischer Sicht zunehmend von der Frage einer zwischenstaatlichen Friedensregelung hin zur innerstaatlichen Durchsetzung von Menschen- und Bürger*innenrechten verschiebt. Bezeichnend für diese Entwicklung ist, dass Umfragen zufolge eine Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung Ost-Jerusalems im November ihren Boykott der städtischen Wahlen, der für die Ablehnung des israelischen Staatsprojekts steht, beenden wird, um ihre Rechte politisch durchzusetzen.

Die junge Generation im besetzten Palästina identifiziert sich überwiegend weder mit der Fatah, noch mit der Hamas, die beide mit ihren Ansätzen bisher gescheitert sind. Sie setzt ihre Hoffnungen weder in den (nicht zuletzt aufgrund der mangelnden Unterstützung aus Europa) in weite Ferne gerückten Staatsaufbau, noch auf den militärischen Kampf. Wenn die palästinensischen Arbeiter*innen demonstrativ versuchen, in den Bussen der Siedler*innen mitzufahren, um die rassistischen Strukturen der Besatzung bloßzulegen, erinnert das vielmehr an den zivilen Ungehorsam von Menschen wie Rosa Parks, der langfristig zur weitgehenden Durchsetzung der Bürger*innenrechte in den USA führte.

Der Workshop soll sich mit diesen Entwicklungen beschäftigen und dabei unter anderem folgenden Fragen nachgehen:

- Wie können wir die Durchsetzung der Menschen- und Bürger*innenrechte der Palästinenser*innen von Europa aus unterstützen?
- Wie ist in diesem Zusammenhang die in Deutschland umstrittene gewaltfreie Boykottbewegung BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) einzuordnen?
- Wie gewaltfrei war der jüngste „Große Marsch der Rückkehr“, und wie (un)angemessen war die gewaltsame Reaktion?
- Kann der Internationale Strafgerichtshof zu einer Verrechtlichung des Konflikts beitragen?

Felix Pahl war zweimal (insgesamt sechs Jahre lang) Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationales von Bündnis 90/Die Grünen. 2007/2008 war er Mitglied der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission der Partei und 2010 Mitglied der Schreibgruppe, die den Entwurf für den Freiburger BDK-Beschluss „Grundlinien Grüner Nahostpolitik“ erarbeitete. Der palästinensisch-israelische Konflikt bildet einen Schwerpunkt seiner auf die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen zielenden außenpolitischen Arbeit.

Nach seiner ersten Amtszeit als BAG-Sprecher konzentrierte er sich vor allem auf eine Stärkung der innerparteilichen Demokratie, trug 2012 zu einer Satzungsreform zur Öffnung des Antragsverfahrens bei und war seitdem gewähltes Mitglied der Antragskommission der BDK. 2016 war er maßgeblich am Widerstand gegen die Gastrede des Rüstungsexporteurs Dieter Zetsche auf der BDK in Münster beteiligt. Er trat im September 2017 bei Bündnis 90/Die Grünen aus und ist seitdem aktives Mitglied von Demokratie in Bewegung.